

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Petitzeile (Moss's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Kleine RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großböhndorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr)
Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 242

Sonnabend, den 16. Oktober 1926

78. Jahrgang

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Wir verzinsen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Amtlicher Teil.

Öffentliche Mahnung. Vorauszahlungen auf Einkommensteuer, Körper- schaftssteuer und Umsatzsteuer betr.

Am 10. Oktober 1926 (Schnfrist 18.10. 1926) waren fällig:
1. Einkommensteuervorauszahlung der Gewerbetreibenden und
2. Körperschaftsteuervorauszahlung, beide in Höhe von je einem Viertel der zu-
letzt festgestellten Steuerschuld (siehe Steuerbescheid),
3. Umsatzsteuervorauszahlung für den Monat September bzw. das 3. Kalender-
vierteljahr 1926.
Wer die geschuldeten Vorauszahlungen bis heute noch nicht abgeführt hat bzw. bis
zum Ablauf der Schnfrist nicht noch abführt, wird hiermit auf Grund von § 314 der
Reichsabgabenordnung aufgefordert, den Rückstand nebst Zuschlag bis zum 23. Oktober 1926
zu zahlen. Eine besondere schriftliche Mahnung ergeht nicht, vielmehr wird nach

Ablauf dieser Frist mit der zwangsweisen Einziehung der Rückstände einschließlich der auf-
gelaufenen Zuschläge begonnen.
Ramenz, den 16. Oktober 1926.

Finanzamt

Die Gemeinde Weißbach b. P. beabsichtigt, von den Grundstücken Flurstück Nr. 10 a
und 13 hh, 13 ii in Weißbach b. P. zur Versorgung des Ortes mit Trink- und Wirtschaftswasser,
Quellwasser abzuleiten. Hierzu bedarf es nach § 23 Ziffer 4 in Verbindung mit
§ 157 Ziffer 5 des Wassergesetzes der Genehmigung der Amtshauptmannschaft als Wasser-
amt. Nach § 33 Abs. 1 des Wassergesetzes wird dies hierdurch mit der Aufforderung be-
kannt gegeben, etwaige Einwendungen binnen zwei Wochen, vom Erscheinen dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier anzubringen, widrigenfalls das Recht zum Widerspruch gegen
die von der Amtshauptmannschaft vorzunehmende Regelung verloren geht. Die auf besonderen
privatrechtlichen Titeln ruhenden Einwendungen werden durch den Fristablauf nicht aus-
geschlossen.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 13. Oktober 1926.

Das Wichtigste

Wie der Vorwärts mitteilt, hat die sozialdemokratische Reichs-
tagsfraktion einen Gesetzentwurf über den Aufenthalt der
Mitglieder vormals standesherrlicher Familien im Reichs-
gebiet eingereicht. Danach soll u. a. dem ehemaligen Kai-
ser das Betreten des Reichsgebietes und der Aufenthalt
darin verboten werden.
Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung
auch eingehend mit dem Stand der deutsch-polnischen Han-
delsvertragsverhandlungen, vor allem mit der Frage der
Wied- und Fleischzufuhr und mit der Kohlenfrage. Auch
andere Einzelheiten der deutsch-polnischen Wirtschaftsver-
handlungen wurden behandelt.
Reichspräsident von Hindenburg traf am Freitag in Braun-
schweig ein.
Die Koalitionsverhandlungen in Preußen sind abgebrochen
worden. Wiederaufnahme soll Anfang November erfolgen.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Eine Bürgerversammlung) wurde
gestern Abend im Herrenhaussaal abgehalten, die sich mit
der Aufstellung der Kandidaten für die Stadtverordnetenwahl
beschäftigte und vom Vorsitzenden des Wirtschaftskartells ge-
leitet wurde. Es ist mit Befriedigung festzustellen, daß sich
die Versammlung, die von circa 120 Bürgern besucht war,
über eine Einheitsliste einigte, und somit alle Gefahren für
eine zweite bürgerliche Liste überwunden wurden. Als
Spitzenkandidat erscheint auf der bürgerlichen Liste wieder
Herr Stadtrat Beyer, der das volle Vertrauen der Bürger-
schaft genießt und einstimmig als solcher bestimmt wurde.
Eine wesentliche Änderung wird die Liste der Stadtverord-
neten nicht erfahren. Genaue Aufstellung der Kandidaten
wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Pulsnitz. (Alle Freunde gediegener Kunst
und besserer Unterhaltung) werden nochmals auf
die Erking-Abende aufmerksam gemacht. Der nächste,
am Montag um 8 Uhr in der Schule, bringt das köstliche
Lustspiel „Tartüffe“ von Molière. Für die folgenden Abende
sind noch vorgesehen: „Politische Kannengießer“ von Hol-
berg, „Rain“ von Lord Byron und „Kaiser Karls Geißel“
von G. Hauptmann.

— (Wird der Winter mild und kurz?) Eine
alte Bauernregel besagt: „Sind die Ecken und Brummel-
Beeren rot, giffst et een mildet Winterjohr!“ Eichel und
Brombeeren sind in diesem Herbst tatsächlich rar, so daß
nach jener alten Regel der kommende Winter mild werden

Der Hohenzollernvertrag im preußischen Landtag angenommen

Graf Westarp über die politische Lage — Demission des österreichischen Kabinetts
Verlängerung der Polizeistunde in Preußen

Abbruch der Koalitionsverhandlungen in Preußen

Die Volkspartei hält die Besprechungen vorläufig für aus-
sichtslos — Wiederaufnahme voraussichtlich Anfang November

✦ Berlin. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im
Preußischen Landtag gibt über das Ergebnis der Koalitions-
verhandlungen folgende offizielle Verkaufbar bekannt:
„Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei sieht
nach dem bisherigen Verhalten der Regierung und der Re-
gierungsparteien die Verhandlungen über eine Erweiterung
der Regierung als abgebrochen an.“

Die Gründe des Verhandlungsabbruchs.

In erster Linie ist für die Volkspartei maßgebend ge-
wesen die Behandlung des Falles Abegg. Ein
der Volkspartei befreundeter Staatssekretär wird entlassen,
eine auf das schärfste umtämpte Persönlichkeit wird ernannt,
beides, während schon Verhandlungen schwebten und nach-
dem die Volkspartei zu erkennen gegeben hatte, daß eine Be-
reinigung des Falles Abegg erforderlich schein, und daß ihr
in irgendeiner Weise erkennbar gemacht werden müsse, daß
Grundlagen für eine Einigung vorhanden seien. Man hat
die Volkspartei nicht einmal einer Antwort über das Er-
gebnis der Besprechung des Ministerpräsidenten mit den
Führern der Regierungsparteien gewürdigt.

Die Auffassung der Regierungsparteien.

Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zur Re-
gierungsfrage hat eine Bestätigung durch die Koalitions-
parteien erfahren, die die Beschlußfassung der volks-
parteilichen Fraktion in vollem Umfange rechtfertigt.
Der preußische Ministerpräsident Braun hat einem Mit-
glied der Deutschen Volkspartei erklärt, daß alle drei Par-
teien grundsätzlich bereit seien, über die Erweiterung der Re-
gierungsbasis zu verhandeln, jedoch seien

in bezug auf den Zeitpunkt derartiger Verhandlungen Bedenken

laut geworden. Im jetzigen Augenblick habe man es nicht
für geeignet gehalten, derartige Verhandlungen zu führen,
vor allem angesichts der erregten Stimmung, die durch die
Debatten über den Hohenzollernvergleich geschaffen worden
ist. Man erwarte es für zweckmäßiger, diese Besprechungen

zu gelegener Zeit zu führen, und er sei seinerseits von der
Regierungsfraktion ersucht worden, die Verhandlungen
Anfang November wieder aufzunehmen.
Der Ministerpräsident stellte dem Vertreter der Deutschen
Volkspartei in Aussicht, daß er dann wieder an die Deutsche
Volkspartei herantreten werde.

Die Entscheidung über den Hohenzollernvertrag Polizei in Bereitschaft. — Störungsversuche der Kommunisten.

✦ Berlin. Im Preußischen Landtag war für den großen
Entscheidungskampf, der am Freitag in der Frage des Aus-
gleichs mit dem Hause Hohenzollern angefaßt war, nach jeder
Hinrichtung Vorsorge getroffen worden, um einen ungehinderten
und ungestörten Verlauf des letzten Teils der heftigen Kämpfe
zu gewährleisten. Die Kontrolle und Ueberwachung des
Landtages in allen seinen Teilen wurde streng durchgeführt.
Vor dem Hause stauten sich zeitweilig größere Massen. Ins-
besondere wurde das Eingangsportale östlich des Landtages in
der Prinz-Albrecht-Straße vor und bei Beginn der Sitzung
derartig belagert, daß den Zutrittsberechtigten der Zugang
nur mit großer Mühe ermöglicht wurde. Als die Zahl der
Eintrittsbegehrenden immer mehr anwuchs, säuberte die
Polizei den Zugang zum Portal. Eine Hundertschaft war
bereitgestellt und hielt sich im gegenüberliegenden Kunst-
gewerbemuseum zu jeweiligem Eingreifen bereit.

Der Hohenzollernvertrag angenommen.

211. Sitzung vom Freitag, dem 15. Oktober 1926.
Die Sitzung wird ziemlich pünktlich eröffnet. Der erste Akt
der Kommunisten ging dahin, daß Pief gegen die polizeilichen
Maßnahmen protestierte und ihre sofortige
Aufhebung forderte. Ihm wie seinem Parteifreund
Schwenk (Berlin), der die Geschäftsführung des Präsidenten
unter großem Hallo seiner Freunde trittierte, wurde das Wort
entzogen.

Nach Erledigung einiger unbedeutender Punkte der Tages-
ordnung beginnt man mit der eigentlichen Beratung der
Hohenzollern-Vorlage. Abg. Grube (Komm.) erklärt
dabei, die Deutschnationalen hätten es verstanden, die Sozialdemo-
kraten für die Kassengeschäfte der Hohenzollern zu interessieren. —
Der Redner wird zur Ordnung gerufen wegen der Be-
merkung, der Hundencharakter der Sozialdemokraten
sei nicht mehr zu unterbinden. Einen zweiten Ordnungsruf erhält

